

2011-10-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.09.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar
Kolze, Jens

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Pätzold, Hans-Joachim

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Verwaltung

Nußbeck, Sabrina

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Oberbürgermeister Koschig, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 8) fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.06.2011

Bezug nehmend auf eine Anfrage im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung merkte Herr OB Koschig an, auf diese in der heutigen Sitzung ebenfalls im nichtöffentlichen Teil eine Antwort geben zu wollen.

Die Niederschrift vom 22. Juni 2011 wurde mit einer Enthaltung bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Koschig gab die im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Ausschusses gefassten Beschlüsse bekannt:

- Förderung der Sanierung und Umnutzung des Denkmalobjektes Schultheiss-Brauerei
- Befristete Niederschlagung einer Grundsteuerforderung sowie von Forderungen aus der Gewerbesteuer
- Zustimmung zum Infrastrukturvorhaben zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft "Revitalisierung einer Industriebranche ehemals Junkalor" und Grundstücksangelegenheit - Erwerb des Grundstückes Mannheimer Straße 2 und Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
- Erweiterung der Belastungsvollmacht für ein kommunales Grundstück
- Verkauf eines Gewerbegrundstückes im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz, Teilgebiet F 1
- Kenntnisnahme eines Eilbeschlusses des Oberbürgermeisters in einem Rechtsstreit.

5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

- 5.1 Novellierung zum OB-Beschluss DR/BV/160/2011/VI-66 vom 16.05.2011 "Großflächige bituminöse Fahrbahndeckensanierungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Erlasses zum "Schlaglochprogramm" des MLV vom 03.03.2011" hinsichtlich der Maßnahmen und der geplanten Wertumfänge**
Vorlage: DR/BV/311/2011/VI-66

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

- 6.1 Abschluss einer Musterverfahrensvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt (LVwA) zu Zinsforderungen des Landes Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit gewährten Städtebaufördermitteln**
Vorlage: DR/BV/302/2011/VI-60

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

- Der Vorsitzende des Ausschusses übergab **Frau Falkensteiner, Gleichstellungsbeauftragte** der Stadt, das Wort zu drei Themen: Integrationsbeirat, Migranterrat und Ausschreibung der Stelle der(s) Ausländerbeauftragten. Frau Falkensteiner berichtete über den Arbeitsstand Bildung des Integrationsbeirates. Das Verfahren zur Besetzung des Beirates wurde durch die Veröffentlichung eines Aufrufes im Amtsblatt September gestartet. Das Verfahren wird bis zum 7. Oktober laufen, parallel dazu wurden die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Pass angeschrieben und gebeten, einen Wahlvorschlag abzugeben. Des Weiteren wird eine

breite Öffentlichkeitsarbeit betrieben (Information in den Migrantenorganisationen und durch Ausgabe von Flyern in mehreren Sprachen). Erste Rückmeldungen sind im Wahlamt eingegangen. Es wird erwartet, das gesamte Verfahren bis Ende des Jahres abzuschließen.

Es wurde **Herr Müller** als Elternzeitvertretung für Frau Paul auf der Stelle der **Integrationskoordination** vorgestellt. Dieser übergab ergänzend zu den Ausführungen von Frau Falkensteiner die den Wahlberechtigten zur Verfügung gestellten Unterlagen für einen Überblick über das laufende Verfahren.

Ferner unterrichtete **Frau Falkensteiner** die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses, dass sich am 1. Juli 2011 ein Migranterrat in der Stadt gebildet hat. Dies sei eine Initiative vorrangig aus dem Multikulturellen Zentrum. In der Auftaktveranstaltung wurde betont, dass es keine Konkurrenz zum Integrationsbeirat, sondern ein Zusammenschluss von Migrantenorganisationen sei. Man wolle sich auch in die Arbeit des Integrationsbeirates mit einbringen.

Die Ausschreibung für die Besetzung der Stelle des Ausländerbeauftragten lief bis zum 31.08.2011. Es sind nur zwei Bewerbungen eingegangen, weshalb nun Frau Falkensteiner den Vorschlag unterbreitete, die Kandidaten in der nächsten Hauptausschusssitzung vorzustellen und die endgültige Bestellung im Stadtrat vorzubereiten.

Der Vorschlag wurde durch die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses angenommen.

- **Herr Schönemann** bezog sich auf das Verfahren der Ausschreibung der Stelle der(s) Finanzdezernentin(en). Die Fraktionen haben eine Email erhalten, wonach sie eine Positionierung abgeben sollten. Jedoch sollten der Ausschreibungstext und der Terminplan lt. heute bestätigtem Protokoll der letzten Hauptausschusssitzung hier beraten werden. Er habe nochmals nachgeprüft, ob dies von der Zeitschiene her Probleme bereitet hätte, was nicht der Fall gewesen wäre. Deshalb frage er heute, warum trotz erhobenem Einwand (mindestens eine Fraktion habe gegen das Verfahren interveniert) trotzdem eine Veröffentlichung erfolgte.

Ergänzend stellte **Herr Eichelberg** fest, dass aufgrund seiner Frage im letzten Ausschuss eine Vereinbarung getroffen und auch richtig in der Niederschrift festgehalten wurde. Die SPD-Fraktion habe ebenso wie die Fraktion Die Linke die genannte Email erhalten, in der vorsorglich mitgeteilt wurde, dass eine Sondersitzung des Stadtrates oder des Haupt- und Personalausschusses erforderlich würde, wenn die Terminkette nicht eingehalten wird. In seiner Antwort habe Herr Eichelberg nochmals auf das im Protokoll des Haupt- und Personalausschusses vereinbarte Procedere verwiesen. Es hätte also eine Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses durchgeführt werden müssen. Herr Eichelberg brachte sein Unverständnis und absolutes Missfallen zum Ausdruck, da trotz Festlegung anders verfahren wurde. Es sei nicht Ansinnen der Demokratie, so mit Stadträten umzugehen.

Herr OB Koschig merkte an, bereits in der Protokollkontrolle auf seine Absicht hingewiesen zu haben, im nichtöffentlichen Teil auf einen Punkt eingehen zu wollen. Er bestätigte, in der letzten Hauptausschusssitzung die Zusage zum vereinbarten Procedere gegeben zu haben. Dann habe er jedoch vor seinem Urlaubsantritt die Terminkette angesehen und festgestellt, dass Sondersitzungen erforderlich würden.

Diese sollten aber nach Möglichkeit vermieden werden. Man wäre mit dem Ausschreibungstext frühestens in das Oktober-Amtsblatt gekommen, hätte erst im November Auswahlgespräche führen können, dann wäre eine Sondersitzung des Hauptausschusses evtl. im Dezember nötig, um eine Sondersitzung des Stadtrates im Januar vorzubereiten. Es setze uns also in enorme Termenschwierigkeiten, da frühestens $\frac{1}{2}$ Jahr vorher, spätestens $\frac{1}{4}$ Jahr vor Ablauf der Wahlzeit der Beigeordneten die Wahl stattfinden muss. Evtl. Probleme im Hauptausschuss oder dann im Stadtrat wollte Herr Koschig nicht riskieren, weshalb er abweichend von der Vereinbarung im letzten Haupt- und Personalausschuss die Abfrage veranlasst hat. Es haben Fraktionen der vorgeschlagenen Verfahrensweise zugestimmt, andere haben dem widersprochen. Eine Fraktion habe auch eingewendet, dass in der Sommerpause keine Sondersitzung stattfinden soll, die noch im August erforderlich geworden wäre. Redaktionsschluss für das Amtsblatt September war der 17. August. Hier geht es lediglich um die Ausschreibung, Hinweise der Fraktionen wurden versucht einzuarbeiten. Jetzt laufe die Ausschreibung, zu der wir verpflichtet sind. Dem demokratischen Procedere stehe nichts im Wege.

Ob man nicht das Risiko eingehe, dass zu der bereits veröffentlichten Ausschreibung Einsprüche erhoben werden, wenn das Procedere nicht eingehalten wurde, fragte **Herr Eichelberg** nach. In Anbetracht dessen, dass keine einheitliche Meinung bestand, hätte eine Sondersitzung anberaumt werden müssen.

Es besteht die Verpflichtung zur öffentlichen Ausschreibung, entgegnete **Herr OB Koschig**. Diese muss an einem angemessenen Zeitpunkt vor der Wahl erfolgen. Im Grunde sei es ein Geschäft der laufenden Verwaltung, diese Wahl ordnungsgemäß vorzubereiten. Hier wurde dies gemeinsam mit den im Rat vertretenen Fraktionen getan. Insofern sei man nur abgewichen von einer Vereinbarung, die im Haupt- und Personalausschuss getroffen wurde, aber die Rechtsrelevanz der Ausschreibung selbst ist nicht betroffen. Die Ausschreibung enthalte alle Dinge, die gesetzlich erforderlich sind.

Es gebe den Begriff „betriebliche Übung“, merkte **Herr Eichelberg** an. So lange er im Stadtrat sitzt, wenn es um Beigeordneten ging, war immer der Hauptausschuss beteiligt. Man habe sich gemeinsam Gedanken über die Ausschreibung gemacht. Dies sei erstmals nicht so gehandhabt worden. Er könne im Moment nicht nachvollziehen, welche Zeitprobleme entstehen sollen.

Wenn man sich an Dinge, die vereinbart wurden und protokollarisch festgehalten sind, nicht hält bzw. am Ende einfach etwas auf den Tisch bringt, erhöht man die Akzeptanz bzw. das Vertrauen des Miteinanders nicht, stellte **Herr Schönemann** fest. Er sehe es ähnlich wie Herr Eichelberg, dass ihm dies hier noch nicht widerfahren ist und er sei nicht gewillt, solche Dinge zukünftig weiterhin zu dulden.

Herr Bönecke stellte fest, die Fraktion Pro Dessau-Roßlau habe neben dem Zeitablauf und dem Hinweis auf die Absprache im Hauptausschuss auch inhaltliche Einwände geltend gemacht. Wenn die Fraktionen schon aufgefordert werden, sich damit auseinander zu setzen und es kommen dann inhaltliche Einwände, denen man nicht abhilft - einem Einwand wurde abgeholfen, ein weiterer wurde nicht berücksichtigt, der Teil der Ausschreibung ist nach wie vor enthalten - dann kann, wenn keine Sondersitzung des Ausschusses stattfindet, zumindest eine Stellungnahme an die Fraktion ergehen, die inhaltliche Einwände erhoben hat, warum man diesen nicht

abgeholfen hat. Zumindest das gehöre zum guten Ton im miteinander Umgehen. Herr Bönecke hatte es auch so verstanden, da das Schreiben im Urlaub des OB versandt wurde, dass bei Einwendungen genau solch eine Sondersitzung nach dessen Urlaub folgt. Nachdem er dann erfahren hatte, dass eine Veröffentlichung erfolgte, habe er sich ziemlich „an der Nase herum geführt“ gefühlt, da er sich nicht hätte die Arbeit machen müssen, sich inhaltlich damit zu beschäftigen.

Weiterhin könne er den Zeitdruck, der hier aufgemacht wurde, nicht verstehen, erklärte **Herr Bönecke**. Einschlägige Verwaltungsgerichte haben gesagt, die Ausschreibungsfrist ist ohnehin keine Ausschlussfrist, theoretisch ist es möglich, dass selbst in der Stadtratssitzung, in der die Wahl erfolgen soll, noch ein Bewerber antritt, der dann auch zwingend zu berücksichtigen ist. Insofern wünschte sich Herr Bönecke einen anderen Umgang der Verwaltung mit den Stadträten. Dies sei nicht die Art und Weise, mit der demokratische Entscheidungen auf den Weg gebracht werden sollen.

Was den Zeitdruck angehe, erläuterte der **Oberbürgermeister**, wenn die Wahl am 14.12.2011 im Stadtrat erfolgen soll - das ist genau die Mitte der gesetzlichen vorgeschriebenen Zeitspanne - muss eine ordentliche Vorbereitung im Haupt- und Personalausschuss erfolgen. Das heißt, mindestens einmal müsse er zusammenkommen, um die endgültige Personalauswahl für den eigentlichen Wahlvorgang (zwei oder drei Kandidaten) zu treffen. Das setze voraus, dass eine Auswahl Sitzung stattfindet, bzw. die Aufbereitung der Bewerbung durch die Verwaltung in einem angemessenen Maße. Dies ist erst im Oktober möglich, weil die Bewerbungsfrist (September) auch angemessen sein muss. Natürlich könne sich noch im Stadtrat jemand bewerben, doch für eine ordentliche Vorbereitung ist nicht mehr viel Zeit für eine Auswahl, Aufarbeitung, möglicherweise eine erste Sitzung der Findungskommission. Vielleicht ist ohnehin noch eine Sondersitzung erforderlich, da es am Ende des Jahres erfahrungsgemäß viele reguläre Tagesordnungspunkte gibt.

Auf Nachfrage erwiderte **Herr Koschig**, dass die Email durch Frau Ziemba noch vor ihrem eigenen Urlaub in seinem Auftrag versandt wurde. Dies habe er vor seinem Urlaub mit ihr so vereinbart. Sie wurde mit dem Organisatorischen betraut, da es in dem Fall nicht das Dezernat II machen kann. Nach Rückkehr aus seinem Urlaub habe Herr Koschig das weitere Vorgehen entschieden, da der Redaktionsschluss des Amtsblattes schon erreicht war. Den Ausschreibungstext und seine Entscheidung habe er allen Fraktionen zukommen lassen. Die Anmerkung von Herrn Bönecke betreffs einer Stellungnahme zu inhaltlichen Einwendungen habe sich Herr Koschig notiert.

Herr Dr. Neubert führte aus, die angeführten Gründe, diese Verfahrensweise zu wählen, seien für ihn überzeugend. Tatsächlich sei es wie im Protokoll nachlesbar so, dass vereinbart wurde, den Ausschreibungstext nach Vorbereitung im Haupt- und Personalausschuss abzustimmen. Das ist so nicht erfolgt, aber es ist mit dem Haupt- und Personalausschuss durch die Weiterreichung der Information und die Möglichkeit der Rückmeldung abgestimmt worden. Insofern sei das hier Diskutierte etwas formalistisch und nicht wirklich inhaltlich tragend. Er könne auch nicht der Diskussion entnehmen, dass diese Ausschreibung aufgrund möglicherweise nicht berücksichtigter Rückmeldungen einen völlig anderen Charakter hätte und deshalb hinsichtlich des Ergebnisses zu einem anderen Resultat führen könne. Herr Dr. Neubert sehe überhaupt keinen Grund, hier einen Tadel auszusprechen und meine,

dass der Oberbürgermeister in den Grenzen der zeitlichen Möglichkeiten genau dem Grundtenor der Beschlussfestlegung entsprochen hat. Die FDP-Fraktion habe dem auch zugestimmt.

Er sei überhaupt noch nicht auf den Text eingegangen, betonte **Herr Eichelberg**. Es gehe ums Prinzip und man sollte den Stadträten zugestehen, wenn gemeinsam mit der Verwaltung etwas entschieden wird, davon ausgehen zu können, dass es dann auch so kommt. Wenn es dann eine „betrieblichen Übung“ werden soll, dass es dann nicht so kommt, können wir uns viel Zeit sparen. Das könne aber nicht das Anliegen sein, Demokratie muss auch gelebt werden.

- Auf die Anfrage von Herrn Dr. Weber im letzten Finanzausschuss vor der Sommerpause zur Finanzierung des Amtsblattes bezog sich **Herr Giese-Rehm**. Dies war im Protokoll und auch nicht in der Sitzung nach der Sommerpause beantwortet worden. Er bat, dies nachzuholen.
Herr OB Koschig erklärte, die Diskussion wurde mitgenommen. Es wurde daraus eine kurze Beschlussvorlage erarbeitet, die am Montag in die OB-Dienstberatung geht und dann wieder in den politischen Raum eingebracht wird.

7. Beschlussfassungen

7.1 Vorschlag zur Namensgebung für das Justizzentrum Dessau Vorlage: DR/BV/283/2011/I-OB

Herr Bönecke stellte einen Änderungsantrag zur Namensgebung des Justizzentrums, dieses Eike von Repgow zu nennen und begründete diesen ausführlich.

Auf die Anfrage von **Herrn Dr. Neubert**, inwiefern die Stadt an der Namensgebung dieser Landeseinrichtung beteiligt sei, wies **Herr OB Koschig** darauf hin, dass es sich um einen Vorschlag handelt. Es gab eine mündliche Absprache mit dem Staatsminister Robra, wie die in der Sache zuständige Landesregierung reagieren würde. Hier gab es sehr positive Auffassungen. Im Übrigen sprach er die Vermutung aus, dass das Justizzentrum in Magdeburg bereits den Namen Eike von Repgow trägt. Herr Bönecke vertrat die Auffassung, dass dieses „Albrecht der Bär“ hieße. In der darauf folgenden Aussprache wurde festgestellt, dass das Justizzentrum in Magdeburg tatsächlich bereits den Namen Eike von Repgow trägt und **Herr Bönecke** zog seinen Änderungsantrag zurück.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.2 Richtlinie Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: DR/BV/313/2011/V

Zur formellen Abwicklung führte **Herr Dr. Raschpichler** ein, dass diese Richtlinie rückwirkend zum 01.01.2011 gelten soll. In dieser Richtlinie sind alle Geschäftsanweisungen und Verwaltungsanordnungen zusammengefasst. Es gibt nur die Frage der formaljuristischen Absicherung, dass die Gewährung dieser Leistungen in Form einer Richtlinie rechtmäßig ist. Zu beachten ist weiter, dass eine erstmalige Änderung dieser Richtlinie, weil sich das Jahr dem Ende zuneigt, eben für das Jahr 2012 vorgesehen ist. Das

mache Sinn, da auch die Mittel, die der Kommune über das Land oder den Bund zur Verfügung gestellt werden, erstmals im Jahr 2012 rückwirkend hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Einsatzes überprüft werden.

Zum formellen und inhaltlichen Teil der Beschlussvorlage gab es keine Fragen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Richtlinie zu.

Abstimmungsergebnis: 9.0:1

7.3 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2010
Vorlage: DR/BV/264/2011/II-20

Herr OB Koschig erklärte sich als befangen und nahm nicht an der Beratung und Abstimmung zur Vorlage teil.

Die Leitung des Tagesordnungspunktes übernahm das an Jahren älteste Mitglied des Haupt- und Personalausschusses, **Herr Dr. Neubert**, da der Vertreter des Ausschussvorsitzenden, Herr Ehm, nicht anwesend war.

Es gab keinen Redebedarf.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Entlastung des Verwaltungsrates zu.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.4 Namensänderung der Sekundarschule "Am Rathaus" in "Sekundarschule am Schillerpark".
Vorlage: DR/BV/289/2011/V-40

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Namensänderung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.5 Bestellung der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/267/2011/V-50

Herr Dr. Raschpichler merkte eingangs an, dass auf die Ausschreibung der Stelle des(r) ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten eine Bewerbung erfolgte. Frau Kathleen Engelmann ist heute anwesend. Sie hat sich bereits im Dezernat sowie am gestrigen Tage im Ausschuss für Gesundheit- und Soziales vorgestellt.

Auf Wunsch stellte sich **Frau Engelmann** dem Haupt- und Personalausschuss persönlich vor. Zunächst ging sie auf ihre Tätigkeit ein, die berufliche Rehabilitation. Schwerpunkt ist dabei die Themen Behinderte und Arbeitswelt. Des Weiteren arbeitet sie am Runden Tisch in Magdeburg zu diesem Thema mit. Weiterhin stellte sie ihren beruflichen Werdegang über Ausbildung, Studium und Weiterbildung dar. Ihr Wohnsitz ist in Dessau-Alten. Weitere Fragen wurden nicht an Frau Engelmann gerichtet.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Bestellung von Frau Kathleen Engelmann als ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Dessau-Roßlau zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.6 Refinanzierung der Sanierungskosten des Hortes der Anhaltischen Diakonissenanstalt Dessau an der evangelischen Grundschule Schülerstraße im Rahmen der Investitionsförderung nach KiföG
Vorlage: DR/BV/229/2011/V-51**

Herr Bönecke begrüßte grundsätzlich das Anliegen der Vorlage. Bedenken wurden durch ihn dahingehend geäußert, dass seines Wissens derzeit geprüft werde, ab 2012 längere Ferienzeiten mit entsprechender Schließung der Horte einzuführen. Dies bitte er zu prüfen und auch mit dem Gewicht der Zustimmung zur Beschlussvorlage zu überdenken, dass das nicht passiert. Er begründete dies darin, wie problematisch es in der Grundschulzeit für die Eltern ist, was die Betreuung der Kinder insbesondere während der Ferien angeht. Herr Bönecke bezog sich zu diesem Sachverhalt auf einen Beitrag in der „Welt“.

Als Gast zu dem Tagesordnungspunkt war seitens des Trägers **Herr Kucharicky, Betriebsleiter der Anhaltischen Diakonissenanstalt**, anwesend. Dieser entgegnete auf die aufgeworfene Frage, derzeit liege diesbezüglich keine Entscheidung auf dem Tisch, die Hortzeiten zu verändern. Er nehme das Problem und die Argumente gern mit, dass man bei der bisherigen Verfahrensweise bleiben will, die sich auch bewährt habe. Man wolle auch das Leistungsspektrum weiter anbieten.

Schließzeiten seien auch nach Gesetz zwischen Träger und Eltern bzw. den entsprechenden Vertretungen zu vereinbaren, ergänzte **Herr Giese-Rehm**. Des Weiteren bat er, die Beschlussvorlage auch dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben, da es die Finanzplanung deutlich beeinflusst.

Herr Dr. Raschpichler wies darauf hin, dass sich die Finanzierung im Rahmen des laufenden Haushaltsplanes bewege. Weiterhin sei der Hauptausschuss in diesem Fall zuständig.

Der Haupt- und Personalausschuss fasste den Beschluss zur Vorlage einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.7 Beitragssatzung für das Jahr 2011 der Stadt Dessau-Roßlau zur Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen der Gemeinde Rodleben
Vorlage: DR/BV/254/2011/VI-60**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag lt. Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.8 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Erschließungsbeiträge in der Stadt Dessau-Roßlau (Erschließungsbeitragssatzung - veröffentlicht im Amtsblatt 26. April 2008)
Vorlage: DR/BV/295/2011/VI-60**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag lt. Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe (ap-Ausgabe) IBA-Projekt Innenstadt "Aufwertung Landschaftszug" - Maßnahme Aufwertung Pollingpark
Vorlage: DR/BV/305/2011/VI-65

Der Haupt- und Personalausschuss genehmigte die außerplanmäßige Ausgabe lt. Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

7.10 Satzung zur Förderung des Ausbildungsverkehrs in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/238/2011/VI-66

Zur Beschlussvorlage war eine Änderung zu Sitzungsbeginn ausgereicht worden.

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.11 Grundstücksangelegenheit - Vermarktung des Objektes Waldbad
Wiedervorlage aus der Sitzung des Stadtrates vom 06.07.2011
Vorlage: DR/BV/185/2011/VI-80

- zurückgestellt -

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.10.11

Oberbürgermeister Klemens Koschig
 Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
 Schriftführerin